Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1388.

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, [illegible]

Bezugspreis [illegible] monatlich 6.00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 18.00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8.50 M. Einzelnummer 30 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9 gespaltene Kolonelzeile 2.00 M., Familienanzeigen 1.50 M., die 3 gespaltene Reklamezeile 6.50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung der Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefaufbewahrung 30 Pf.

Nr. 7 | Dresden, Montag den 10. Januar 1921 | 32. Jahrg.

Kommunistische Einsicht?

Die Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei hat einen „offenen Brief" an die übrigen sozialistischen Parteien Deutschlands, die S. P. D., die U. S. P. D., die K. A. P. D. und an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und die Afa ergehen lassen. In dem offenen Brief wird auf die fortschreitende Teuerung und auf den Vormarsch der Reaktion in Deutschland hingewiesen und vorgeschlagen, sämtliche sozialistischen Parteien sollten sich auf einer gemeinsamen Grundlage zu einer im einzelnen noch näher zu besprechenden Aktion zusammenfinden. Es wird dann ein Aktionsprogramm aufgestellt, das die Kommunisten sehr gut [illegible] und in dem sich erfüllbare und unerfüllbare Forderungen mischen.

Es wird z. B. die Abgabe verbilligter Lebensmittel an alle Lohn- und niedrigen Gehaltsempfänger sowie Rentenempfänger verlangt, die sicher eine berechtigte Forderung ist. Nur ist es nicht so leicht, sie zu erfüllen, denn die Lohn-, niedrigen Gehalts- und Rentenempfänger machen die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung aus, und die Erfüllung der Forderung würde bedeuten, daß für das gesamte deutsche Volk die Lebensmittel verbilligt werden müßten. Bekanntlich schießt aber das Reich schon jetzt viele Milliarden zur Verbilligung der Lebensmittel zu, und eine weitere Verbilligung durch Zuschüsse wäre nur möglich, wenn eben das Reich noch viel mehr Papiergeld drucken ließe als jetzt. Es ist aber ohne weiteres einzusehen, daß mit der Notenpresse dem deutschen Volke nicht geholfen werden kann.

Es wird dann ferner in dem Aktionsprogramm der V. K. P. D. die völlige Entwaffnung sowie Auflösung aller bürgerlichen Selbstschutzorganisationen verlangt: eine Forderung, die heute von allen sozialistischen Parteien einstimmig erhoben wird. Wenn aber auch die Bildung proletarischer Selbstschutzorganisationen in allen Ländern und Gemeinden gefordert wird, so müßte erst Klarheit darüber geschaffen werden, wie sich die Leute von der V. K. P. D. diese Selbstschutzorganisation denken. Bewaffnete Arbeiterwehren können jedenfalls nicht in Frage kommen, weil wir ja dann in Konflikt mit der Entente geraten würden.

In dem offenen Briefe wird dann erklärt, daß auch die Erfüllung der Forderungen des aufgestellten Aktionsprogramms die Not der Bevölkerung nicht beseitigen könne, und dann wird weiter ausgeführt, ohne darauf zu verzichten, in den Arbeitermassen den Gedanken an den Kampf für die Diktatur des Proletariats zu verbreiten, sei die V. K. P. D. bereit, gemeinsam mit allen andern Parteien, die sich auf das Proletariat stützen, die Aktionen für die geforderten Maßregeln durchzuführen. Die Zentrale der V. K. P. D. verlangt bis zum 13. Januar 1921 eine Antwort von den übrigen Parteien.

Wenn dieser offene Brief der V. K. P. D. ehrlich gemeint ist, so wäre er ein erfreuliches Anzeichen dafür, daß die Vernunft auch bei den Kommunisten Fortschritte macht. Wir halten es für selbstverständlich, daß sich sämtliche Organisationen, an die der offene Brief gerichtet ist, mit der kommunistischen Aufforderung beschäftigen und versuchen, in Verhandlungen mit der Zentrale der V. K. P. D. zu kommen. Die V. K. P. D. stellt in ihrem offenen Brief ein Ultimatum. Sie verlangt, daß die Parteien und Organisationen, an die sie sich wenden, bis zum 13. Januar zu dem Aktionsprogramm entweder ja oder nein sagen. So geht das natürlich nicht. Will die V. K. P. D. wirklich eine Einheitsfront aller sozialistischen Parteien und der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen zustande bringen, so kann sie nicht ihre Bedingungen diktieren, sondern sie muß sich mit den Vertretern der übrigen Parteien an einen Tisch setzen und mit ihnen über ein eventuelles Aktionsprogramm beraten.

Ferner sagt die V. K. P. D. in ihrem offenen Briefe nichts darüber, wie denn die Aktion aussehen soll, die zur Durchsetzung der aufgestellten Forderungen einzuleiten ist. Darüber müßte natürlich vor allem geredet werden. Selbstverständlich werden die S. P. D. und die Gewerkschaften nicht dafür zu haben sein, daß die Arbeiterschaft zu einer Taktik der Putsche und wilden Streiks nach dem bisherigen kommunistischen Rezept greift.

Die Voraussetzung für ein Zusammengehen aller sozialistischen Parteien wäre es im Gegenteil, daß die Kommunisten aufhören, die Arbeiter in sinnlose Aktionen hineinzutreiben, die der sozialistischen Sache nur schaden. Ferner müßte es auch aufhören, daß die Kommunisten fortgesetzt die Angehörigen der übrigen sozialistischen Parteien als Verräter an der proletarischen Sache beschimpfen.

Wir haben schon mehrfach zum Ausdruck gebracht, daß unsrer Meinung nach eine sozialistische Einheitsfront für die deutsche Arbeiterschaft dringend notwendig ist, und wir würden es nur begrüßen, wenn diese Einheitsfront sich bis zu den Kommunisten erstreckt. Es wird in erster Reihe von den Kommunisten abhängen, ob es gelingt, alles, was in Deutschland sozialistisch ist, zu einheitlichem Widerstande gegen die fortschreitende Reaktion zusammenzufassen.

Nur ein betrügerischer Trick?

Die Freiheit glaubt nicht an den ehrlichen Willen der Kommunisten zu gemeinsamem Handeln. Sie schreibt zu dem Offenen Brief der Zentrale der V. K. P. D.:

Es ist aber klar, daß es diesen Leuten in Wirklichkeit nicht im geringsten um die Durchsetzung der aufgestellten Forderungen zu tun ist. Sie wollen die Parteien und die Gewerkschaften, die sie eben erst als Streikbrecher, schlimmer als die Orgeschleute, beschimpft haben, als Vorspann für ihren stecken gebliebenen Parteikarren benutzen. Ist der erst wieder flott geworden, so werden sie sehr rasch, wie sie es stets getan haben, den Mitkämpfern in den Rücken fallen. **Den Kommunisten ist es niemals um die Aktionen, die sie vorschlagen, wirklich zu tun, sondern sie möchten sich nur neues Material für eine demagogische Hetze gegen die Arbeiterorganisationen verschaffen.**

Die jüngsten Vorgänge in Flensburg und in Berlin haben gezeigt, daß die Kommunistische Partei alle Grundsätze von Treu und Glauben innerhalb der Arbeiterbewegung mit Füßen tritt und ihre Hauptangriffe nicht gegen die Bourgeoisie, sondern gegen die eigenen Klassengenossen richtet. Sie haben ferner gezeigt, daß sie in verantwortungslosester Weise mit dem Leben und den Interessen des Proletariats spielen und durch ihre ganze Haltung die Interessen der gesamten Arbeiterklasse auf das schwerste schädigen. Eine solche Partei bietet nicht die Gewähr der Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit. Ihre bisherige Taktik muß vielmehr das größte Mißtrauen erwecken. Es unterliegt keinem Zweifel, daß es sich auch bei ihrem neuesten Vorschlag um nichts weiter handelt, als um einen betrügerischen Trick, der die Aufmerksamkeit der breiten Massen von ihrem eigenen Bankrott ablenken soll.

Die Leute von der Freiheit müssen schließlich die Kommunisten noch besser kennen als wir. Besteht doch die kommunistische Partei jetzt zum großen Teil aus den ehemaligen Parteigenossen der Freiheit. Trotzdem wollen wir den Glauben nicht aufgeben, daß auch bei den Kommunisten einmal die Vernunft kommen wird, wenn nicht die deutschen Arbeiter dafür sorgen, daß die verschiedenen kommunistischen Parteien überhaupt bald verschwinden. An uns darf es jedenfalls nicht liegen, wenn die Bildung einer Einheitsfront nicht möglich ist. Es wird sich ja schon in den nächsten Tagen zeigen, ob der offene Brief wirklich nur ein betrügerischer Trick oder ob er ehrlich gemeint war.

Kriegswolken im Stillen Ozean

Von Fritz Kummer

Nach einer Neuyorker Meldung hat [illegible] Marineabkommens zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten die [illegible] Befehl erhalten, [illegible] Das kanadische Geschwader [illegible] mit Genehmigung der amerikanischen Regierung.

Während die europäischen Arbeitermassen [illegible] Sorgen vollauf in Anspruch genommen sind, ballen sich im Stillen Ozean schwere Kriegswolken zusammen. Spannungen im fernen Osten hat es nun schon seit Jahrzehnten wiederholt gegeben, ohne daß es zu einem offenen Konflikt gekommen wäre. Der Weltkrieg und seine Folgen aber haben das große Problem, den Wettstreit um den Stillen Ozean, das ist um die Herrschaft über die Welthandelsstraße der Zukunft, auf einen [illegible] Gegensatz gebracht, dessen Lösung durch einen Waffengang der unmittelbar beteiligten Mächte jetzt [illegible] erscheinen muß, weil er das Element der [illegible] der Einmischung andrer Zeiten in bedeutend [illegible] birgt.

Das große Problem des fernen Ostens wird [illegible] schnittigen Federn gern in die Formel: Gegensatz zwischen der weißen und der gelben Rasse, gekleidet. In Wirklichkeit stehen sich dort nicht die Interessen der beiden Rassen gegenüber, wohl aber die Interessen einer Kapitalistenschicht, der englisch-amerikanischen und der japanischen. Beide ringen um den Besitz Ostasiens und um das Ausbeutungsrecht an seinen wimmelnden Millionen.

In Ostasien winkt dem Kapitalismus eine goldene Ernte sondergleichen, wogegen seine bisherigen Herrschafts- und Ausbeutungsmöglichkeiten kaum des Aufhebens wert sind. Man bedenke! China mit seinen unermeßlichen Schätzen an Kohle, Eisen, Kupfer, Öle, Edelmetallen ist anzueignen; ein Fünftel der Erdteile ist mit Bahnen, Telegraphen, Werften, Häfen, Gasanstalten, Schulen zu versehen; einem Viertel der Weltbevölkerung sind Beleuchtung, Verkehrsmittel, Fahrräder, Nähmaschinen, Werkzeuge, Öfen, Arznei, Bindfäden, [illegible] und ähnliche Industrieerzeugnisse zu liefern; vierhundert Millionen billige, willige, fabelhaft bedürfnislose Menschen können in die kapitalistische Tretmühle gespannt werden. Dem Kapitalismus, dessen Reich im Abendland in steigendem Maße von der proletarischen Revolution bedroht wird, bietet sich die Möglichkeit, im Morgenland ein neues Reich von prächtigerem Glanz zu gründen. Der Weg dazu führt über den Stillen Ozean. Wer diesen beherrscht, besitzt das Vorrecht über das lebende und tote Inventar Ostasiens und begründet damit seine Übermacht über die andern Völker und Staaten.

Wo es sich um einen Einsatz von solcher Unermeßlichkeit handelt, kann es nicht wundernehmen, wenn darum auf Leben und Tod gerungen wird. Das Erstlingsrecht auf die chinesische Beute hat englische Selbstherrlichkeit der „Beherrscherin der Weltmeere" zuerkannt. Es ist ihr nicht eingefallen, auch andern Kapitalistengruppen [illegible] einzuräumen. Höchstens mit den Vereinigten Staaten wollte man sich auf gemeinschaftliche Ausbeutung Chinas einlassen. So schreibt bezeichnenderweise Frankfort, der in dieser Sache eine liberale Ansicht vertritt, in seinem [illegible] Problems of the Pacific:

„[illegible] wurde der angelsächsischen Rasse die Herrschaft über das ganze Weltmeer geben und die Furcht vor der Gelben Gefahr [illegible] — aber Amerika zwischen beiden [illegible] würde das schlimmste Übel [illegible] zu machendes Unglück vermeiden."

Seitdem dies geschrieben (1912), hat sich allerlei ereignet, das zur Verwirklichung der britischen [illegible] geeignet ist. Den stärksten Zündstoff zu bringen [illegible] sich den letzten Wochen vorbehalten. [illegible] Auseinandersetzung um die Herrschaft im Stillen Ozean in einer Art und Weise vorgestellt, [illegible] mit den größten [illegible] nie vorstellen können, daß in diesem Streit ein Sieg [illegible] werde, ohne daß er selbst den Stoß [illegible] Allem, das ganz Unvorstellbare [illegible] jetzt in den Bereich der leicht Vorstellbaren, in das Mögliche gerückt. Um dieses Phänomen zu erklären, braucht es nicht vieler Wege.

Die letzten Tage im alten Jahr ließ Lloyd George [illegible] Meldung von Abrüstung [illegible] erscheinen, [illegible] den großen Erfolg der Abrüstungsbewegung. Die New York World, das einen in der Meinung hatte, [illegible] die Yankees seien schon beim Verlassen ihres letzten [illegible] Ob das Neuyorker Blatt von Londoner Seite bewegt wird, steht noch dahin. Merkwürdig an der ganzen Sache war, daß andere amerikanische Blätter von einer Abrüstungsbewegung wenig oder gar nichts [illegible] und besonders, daß zur nämlichen Zeit der Marineminister Daniels ein großes Marineprogramm vorlegte, das nicht weniger als 88 neu zu erbauende Kriegsschiffe [illegible] Dieser Zwiespalt zwischen englischem Angebot und amerikanischer Zurückhaltung, zwischen Meldung und Wirklichkeit [illegible] des Weltmarkts ahnen.

Die deutsche Öffentlichkeit [illegible] mangelnden [illegible] liebe.

(Schluß folgt.)

Neueste Telegramme

Polnische Bedrohungen?

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 10. Januar. Zuverlässige Nachrichten liegen über Truppenansammlungen an der polnischen Westgrenze zwischen Oberschlesien und der Ostsee vor. Die gesamte Kontingent der zwischen der Ostsee und Oberschlesien verteilten Truppen beläuft sich auf 170 000 Mann. Dazu kommen noch die im August aufgestellten Bürgerwehren in Posen und Westpreußen, die noch bestehen. Von einer Demobilmachung ist nie etwas zu spüren gewesen, nur einige Freiwilligenformationen und die ältesten und jüngsten Jahrgänge waren vorübergehend entlassen worden, stehen aber nun wieder unter Waffen. In der Tschecho-Slowakei hatten diese Truppenansammlungen große Beunruhigung hervorgerufen, so daß der polnische Gesandte in Prag sich bemüht, beruhigend zu wirken. Nach neueren Nachrichten, die der deutschen Regierung vorliegen, bereitet die in Oberschlesien tätige geheime Kampforganisation neue Pläne vor.

Die Gefahr für Oberschlesien ist deshalb besonders groß, weil die Alliiertentruppen nicht in der Lage sind und wohl auch nicht daran denken, starken Widerstand zu leisten. Die 3000 Italiener, die überhaupt nicht in Betracht kommen, befinden sich ausschließlich westlich der Oder. Die Lage muß als ernst angesehen werden. Die Folge ist eine erregte Stimmung der Polen. Dazu kommen noch die aufreizenden Reden, die in letzter Zeit Generale (Haller) gehalten haben. Auch die Haltung der polnischen Presse, die falsche Nachrichten über die Truppenansammlungen in die Welt setzt, gibt Anlaß zu Beunruhigungen. Von deutschen Truppenansammlungen kann keine Rede sein. Das wird auch die Ententekommission bestätigen, die die Truppenstärke gemäß dem Friedensvertrag anerkannt hat. Das deutsche Auswärtige Amt bereitet einen neuen Schritt bei den Ententeregierungen wegen der polnischen Aktionen vor.

London, 10. Januar. Wie der Observer erfährt, gewinnt das Bevorstehen einer englischen Intervention in der oberschlesischen Frage in maßgebenden Kreisen mehr und mehr an Wahrscheinlichkeit. Der Berichterstatter des Observer versichert, daß eine maßgebende englische Persönlichkeit erklärt habe, Lloyd George wisse, daß das oberschlesische Gebiet bei einer Zuteilung zu Polen unweigerlich in kurzer Zeit ruiniert sei.

———

Metallarbeiterstreik

Eigene Drahtmeldung

Brandenburg, 10. Januar. Heute früh sind in allen Industrien der Metallbranche die Metallarbeiter in den Streik getreten. Es handelt sich um etwa 5000—6000 Ausständige, die Lohnforderungen in Höhe von etwa 100 Prozent gestellt haben. Am Sonnabend beschäftigte sich noch der Schlichtungsausschuß in Potsdam mit den Streitfragen. Um 11½ Uhr wurde der Schiedsspruch gefällt, vier Stunden später der Streik erklärt.

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210110/1
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG